

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 08.03.2023
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:04 Uhr

Ende: 19:36 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

ab 18:51 Uhr.

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

ab 16:37 Uhr.

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Herr Stadtrat Benedikt Disam

ab 16:50 Uhr.

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Herr Stadtrat Alexander Hamler

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Integrationsrat/rätin

Herr Integrationsrat Andrzej Sielicki

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Ortschaftsrat

Herr Ortschaftsrat Arno Lingnau

Herr stellv. Ortsvorsteher Stefan Struzyna

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr René Bantel

Markus Eisele

Herr Geschäftsführer Peter Ernst

Herr Jonas Grill

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Herr Geschäftsführer Celestino Piazza

Herr Hans-Peter Reuter

Herr Michael Schaumann

Frau Franka Zaneck

Abwesend:

CDU

Herr Stadtrat Christian Krieg

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Thomas Krieg

SPD

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Nadine Molinari

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Tagesordnung

=====

- 1** Information und Aussprache zur Klinikstruktur im Ostalbkreis mit Landrat Dr. Joachim Bläse
- 2** Änderung der Besetzung der Ausschüsse und weiteren Gremien des Gemeinderats
hier: Änderung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden bei der SPD-Fraktion sowie Änderung der Besetzung des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses, des Haushaltsausschusses und des Inklusionsbeirates
- 3** Umsetzung der Gas- und Strompreisbremse - Stand und Ausblick
- 4** Einbringung, Vorberatung und Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne 2023 der Eigenbetriebe Stadtentwässerung, Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd und Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest einschließlich Zustimmung zu den Finanzplanungen bis 2026
- 5** Einbringung, Vorberatung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2023 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd
- 6** Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO
- 7** Bekanntgaben
- 8** Anfragen
- 8.1** Schulverpflegung Mensa Parler-Gymnasium

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Information und Aussprache zur Klinikstruktur im Ostalbkreis mit Landrat Dr. Joachim Bläse

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Landrat Dr. Bläse sowie Herrn Prof. Dr. Solzbach, Herrn Dr. Majer, Herrn Dr. Thiere, Herrn Franken und Frau Pansow. Außerdem begrüßt er Herrn Dr. Bode. Man wolle erfahren, welche Rolle die Stauferklinik in den Zukunftsdiskussionen einnehme.

Landrat Dr. Bläse betont, dass der Kreistag für die Entscheidung zuständig sei, daher habe er die erste Einladung auch nicht angenommen. Wichtig sei die Gesundheitsversorgung im Gesamten. Bei der ambulanten Versorgung falle auf, dass viele Hausarztstellen nicht besetzt seien. Es sei keine Frage der Zuständigkeit. Man gehe gerne neue Wege. Man müsse gestalten, organisieren und die Themen, die anstehen, angehen. Dabei müsse man die Demografie, den Fachkräftemangel und die Vorgaben beachten.

Herr Prof. Dr. Solzbach und Herr Dr. Thiere erläutern die Gründe für die Umstrukturierung (siehe Anlage).

Herr Franken führt aus, dass man mehr Mitarbeiter als je zuvor habe. Beim medizinisch-technischen Dienst würden bis 2030 50 Prozent in den Ruhestand eintreten. Man habe aufgrund der Regelungen zum Bereitschaftsdienst auch mehr Ärzte als je zuvor, dies verursache hohe Personalkosten. Man beschäftige mehr Ärzte aufgrund des Tarifrechts, nicht aufgrund der Anzahl an Patienten. Man schaffe es nicht in jedem Bereich, Stellen zeitnah nachzubesetzen. Auch die Arbeitnehmerüberlassung setze man ein. Der Stellenwert der Freizeit werde für die Mitarbeiter höher, es würden daher immer mehr Mitarbeiter den Freizeitausgleich anstatt die Auszahlung der Überstunden wählen. Auch deshalb entstehe zusätzlicher Personalbedarf. Die Ambulantisierung greife immer mehr um sich. Diese setze andere Strukturen voraus, auch bauliche Anpassungen seien daher notwendig. Es setze hohe investive Anforderungen an das Stauferklinikum voraus, um künftig leistungsfähig zu sein. Ein Facharzt im Rufdienst müsse innerhalb von 30 Min. beim Patienten eintreffen, dies müsse man nachweisen. Das Tarifrecht widerspreche dem. Die Lösung wäre eine Anordnung von Bereitschaftsdienst, dies gehe jedoch aus den genannten Gründen nicht. Die Leistungserbringung werde immer schwieriger und würde den Aspekt des Fachkräftemangels verstärken. Man wolle auch die Digitalisierung vorantreiben und wolle auch gerne den Da-Vinci-Roboter einsetzen. Man müsste dann jedoch an drei Standorten investieren, die OP-Säle seien zu klein und zu niedrig. Letztlich gebe es einen steigenden Investitionsbedarf und man habe nicht die räumlichen Voraussetzungen.

Herr Dr. Majer führt aus, dass das, was entwickelt werde, richtig und wichtig sei. Spezialisierte Zentren seien richtig, dies sei nachweisbar. Die Welt entwickle sich weiter und nicht immer zum Negativen. Es sei die Entscheidung, dass man die Entscheidung fortführen könne. Man könne sich die Versorgung in der Zukunft nicht mehr leisten. Man müsse sich weiterentwickeln und sich spezialisieren. Und mit der Spezialisierung komme auch die Zentralisierung. Ein Krankenhaus sei eine Immobilie, ein Raum. Nur durch die Möglichkeiten und die Mitarbeiter werde es zu einem Krankenhaus. Wenn man die Onkologie nicht halten könne, dann seien auch die Chemotherapie und die Anschlussbehandlung, die ganzen Zusatzangebote, nicht mehr hier. Die Region verliere, man verliere Attraktivität. Wenn man es nicht halten könne, müsse man unter Umständen nach Würzburg fahren. Man solle es als Chance sehen, es in einem geänderten Umfeld zu machen. Und dies für die Bürgerinnen und Bürger.

Landrat Dr. Bläse möchte, dass die Leistungen auch künftig aufrechterhalten werden. Er fährt daher mit der Präsentation (siehe Anlage) fort. Drei Standorte seien aufgrund des Personalmangels und der Dienstzeiten nicht attraktiv. Die Ambulantisierung: finde statt. Wenn man es objektiv sehe, dann könne es doch nicht sein, dass man nichts mache. Man könne nicht einfach nichts tun und beharren. Die Alternative müsse sein, dass man gestalte, solange man noch könne. Es werde auch der Beweis sein, ob ein öffentlich-getragenes Klinikwesen noch funktioniere. Wenn man es nicht schaffe, dann sei die öffentliche Hand nicht in der Lage. Es gehe darum, dass man es als Ostalbkreis gemeinsam schaffe. Es heiße auch, dass man die Kraft haben müsse, es anzupacken. Es gehe um 320.000 Einwohner des Kreises, denen man eine Klinikversorgung schuldig sind. Daher solle man die 2. Variante wählen und gestalten. Es gebe keine Alternative.

Herr Prof. Dr. Solzbach und Frau Pansow fahren mit der Präsentation (siehe Anlage) fort.

Herr Dr. Bode spricht als Vertreter der Ärzteschaft. Man habe versucht, die Situation zu analysieren. Es sei nicht so ganz einfach. Es gehe nicht um „Ja oder Nein“. Es gehe darum, wie man es am besten hinbekomme. Man habe eine sehr inhomogene Struktur im Ostalbkreis. Im Westen habe man 140.000 Einwohner, dies entspreche 44 Prozent der Bevölkerung des Ostalbkreises. Es sei ein gewisses Verteilungsproblem. Im Osten habe man Angst, abgehängt zu werden. Es gebe zwei Handlungsfelder. Handlungsfeld 1 sei die Notfallversorgung bzw. die Versorgung von akuten Fällen. Diese Fälle würden in den nächsten Jahren weiter zunehmen, da man älter werde. Aufgrund der geografischen Ausbreitung sei es ein großer Akt, die Kliniken in der Mitte zusammenzufassen. Die Wege würden länger werden. Aktuell sei man bei 25 Minuten, später bei 35-40 Minuten. Andererseits solle man schneller werden. Es seien Dinge, die nicht zusammenpassen. Man solle daher die Not- und Akutversorgung dezentralisieren. Die Notfallversorgung und Normalversorgung dürfe nicht zu schmal sein, da sie dann unattraktiv werde. Sonst habe man wieder das Problem der Rekrutierung des ärztlichen Personals. Die Spezialität müsse man hingegen zusammenfassen, diese sei das zweite Handlungsfeld. Der Personalnachwuchs hänge auch von der Standortattraktivität ab. Zum Rettungs- und Transportwesen führt er aus, dass man bei einem zentralen Standort automatisch auch längere Wege habe. Dieses müsse man daher erweitern. Hier komme man wieder an personelle Probleme, da die vorhandenen Transport- und Rettungskapazitäten länger unterwegs seien. Er sei sich unsicher, daher solle man dies diskutieren. Es solle kein Plädoyer gegen ein Zentral-

klินิกum sein, aber man solle darüber sprechen. Auch die Übergangsphase bereite Bauchweh: Man wisse, dass man etwas ändern müsse. Wie bekomme man den Übergang hin? Dies würde ein großes Problem werden. Ohne Perspektive verliere man Personal oder gewinne kein neues. Man sehe, dass sich die Patientenströme anders orientieren. Mutlangen ziehe auch die Randgebiete an, dieser Teil garantiere die Fallzahlen. Dies müsse man auch bedenken. Warum wolle man das größte Klinikum nicht ausbauen? Man könne einen großen Operationsbereich mit einem Da-Vinci-Roboter errichten. Man müsste dann keine neue Immobilie und keine neue Kläranlagen-Stufe in Essingen bauen. Letzteres sei aber politisch und müssten daher andere entscheiden.

Stadträtin Dinsler/CDU nimmt für die CDU-Fraktion Stellung (siehe Anlage).

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen nimmt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stellung (siehe Anlage).

Stadtrat Schwab/SPD spricht für die SPD-Fraktion (siehe Anlage).

Stadtrat Fritz/DIE LINKE ist der Auffassung, dass man sich mehr Zeit nehmen müsse. Die Entscheidung sei bereits getroffen, die Bürgerbeteiligung nur nachgeschoben. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, warum der drittgrößte Flächenlandkreis mit nur einem Zentralklinikum auskommen solle. Er formuliert an den Landrat Fragen (siehe Anlage), die er gerne beantwortet haben möchte.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen führt aus, dass die Bürokratisierung es sehr schwer mache, Menschenleben zu retten. Ärzte seien immer mit einem Bein im Gefängnis. Der MDK mache Begehungen, dies sei sehr arbeitsintensiv, helfe aber den Menschen. Das Gesundheitsministerium formuliere Bedingungen und die Ärzte würden versuchen, diese umzusetzen. Die Bürokratie müsse aber verringert und nicht erhöht werden. Es stellt sich die Frage, ob man die Vorgaben des gemeinsamen Bundesausschusses wirklich erfüllen müsse. Es seien unsere Politiker, es sei unser Ministerium. Spezialisten würden gefördert werden. Man wolle jedoch jemanden, der sich insgesamt auskenne. Man solle daher den Standort Mutlangen ausbauen. Die Frage sei auch, was man in der Zwischenzeit mache. Es seien diverse Fragen, auch in Zusammenhang mit der Energiewende. Der Landrat solle daher die Zeit geben, die richtige Entscheidung zu treffen. Vorgefasste Entscheidungen seien nicht richtig.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass die Fraktion die Unterschriftenliste zum Erhalt des Stauferklinikums unterschrieben habe. Diese Liste zeige einen Konsens über das Fortbestehen des Stauferklinikums als Klinik, nicht als abgespekter Campus. Dies würden auch zahlreiche Leserbriefe verdeutlichen. Niedergelassene Ärzte würden für eine spezialisierte ärztliche Versorgung im Stauferklinikum votieren. Nur wenige würden verstehen, warum das Stauferklinikum zu einem Gesundheitscampus degradiert werden solle. Die neugebaute Notaufnahme sei noch nicht eröffnet, da sei sie schon wieder Makulatur. Die Fahrten des Rettungsdienstes ins Zentralklinikum in der Mitte des Ostalbkreises würden zu lange dauern. Die Erreichbarkeit aus dem Westen innerhalb von 30 Minuten sei nicht gegeben. Ein Zentralklinikum in Aalen würde die Fraktion nicht mittragen. Sie fragt sich, warum sich die Kreisräte aus Schwäbisch Gmünd für ein Zentralklinikum aussprechen würden. Es wäre sinnvoller,

die finanziellen Mittel in den Bestand – Mutlangen habe einen guten Bestand – und die Mitarbeiter zu investieren. Ökologisch und wirtschaftlich halte man den Neubau für äußerst riskant. Niemand wisse, wohin sich die Rohstoffpreise entwickeln würden. Angesichts des Klimawandels stelle sich die Frage, ob es wirklich sinnvoll sei, Fläche zu versiegeln. Das Stauferklinikum könne man auch erweitern. Früher, als sie noch einer anderen Fraktion angehört habe, sei das Zauberwort immer Dezentralität gewesen. Plötzlich heiße es Zentralität. Als Zahler der Kreisumlage sei man als Gemeinderat auch in der Pflicht zu schauen, was der Kreis mit dem Geld mache. Man finanziere auch das Soziallandratsamt. In Winnenden sei das neu gebaute Zentralklinikum mit einem Defizit belastet. Man sei für eine gute ärztliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger verantwortlich. Daher sei man für den Erhalt und den Ausbau des Stauferklinikums. Nach der Kreisreform habe Schwäbisch Gmünd viele Einrichtung verloren. Das Stauferklinikum sei ein wichtiger, überregionaler und gesellschaftlicher Identifikationsort des Altkreises Schwäbisch Gmünd. Es müsse daher erhalten bleiben.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW schließt sich den Vorrednern an. Man müsse die Zukunft aktiv gestalten. Man müsse sicherstellen, dass Schwäbisch Gmünd nicht als Verlierer hervorgehe. Wenn sich ein Teil der Bevölkerung als Verlierer sehe, verursache man einen tiefen Riss, wie das Beispiel im Kreis Göppingen zeige. Die gesetzlichen Vorgaben müsse man einhalten, aber die Kreisebene sei zu kleinteilig. Man müsse größer denken. Man solle Synergien mit Nachbarkreisen prüfen. Die Kommunikation des Landratsamtes sei nun besser geworden, nachdem die geplante Klinikstruktur stehe. Aber davor habe es keine gegeben und dies sei der beste Nährboden für Mythen. Man müsse ergebnisoffen in die Bürgerforen gehen. Er bittet Landrat Dr. Bläse, die Bevölkerung mitzunehmen und Schwäbisch Gmünd nicht als Verlierer vorgehen zu lassen.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass das Interesse an einer umfassenden Bürgerbeteiligung sehr groß sei. Der dichte Zeitplan könne so nicht umgesetzt werden. Der Bürgerdiskussion müsse genügend Raum gegeben werden, dies brauche einige Monate. Die heutige Veranstaltung sei als Auftakt für eine intensive Diskussion zu sehen.

Landrat Dr. Bläse bedankt sich für die Stellungnahmen, aber auch bei der Ärzteschaft. Es sei richtig und wichtig. Man habe gespürt, dass man gar nicht so weit auseinanderliege. Es sei wichtig, dass man das Konzept miteinander entwickle. Inhaltlich unterscheide man sich in der ein oder anderen Nuance. Egal, was man als Landrat mache, es sei nicht richtig. Es seien viele Fragen und Herausforderungen da, viele Leute hätten sich schon dagegen entschieden. Er frage sich, gegen was? Man solle Sachlichkeit einbringen. Man solle gemeinsam den Weg gehen und objektiv erklären können, warum man den ein oder anderen Schritt tue. Die Kreisreform sei lange her, inhaltlich sei man viel weiter. Die Erreichbarkeit für den Kreis sei in Mutlangen nicht gegeben. Die Bezeichnung als Gesundheitscampus sei seine Erfindung gewesen, da er nicht gewusst habe, wie er dazu sagen solle. Er habe nie das Stauferklinikum geschlossen und nie gesagt, dass Mutlangen kein Klinikstandort mehr sei. Man starte nun mit den Arbeitsgruppen. Am Ende des Tages müsse man einen Strich darunter machen. Innerhalb von 30 Fahrminuten müsse das Klinikum erreichbar sein. Man sammle nun die Erreichbarkeits- und Qualitätskriterien. Auch mit dem Radius von fünf Kilometern wolle er sauber und objektiv umgehen. Man habe Essingen/Forst neutral ermittelt, dass zwei Kilometer davon das Aalener Klinikum sei, könne man

nicht ausblenden. Die Notaufnahme in Mutlangen habe man zurecht gebaut, auch der Kindergarten sei wichtig. Wenn man attraktiv sein wolle, brauche man einen starken Magnet. Auch der Rettungsdienst spiele eine Rolle. Der Rettungsdienst solle dahinfahren, wo der Patient die richtige Versorgung bekomme. Man müsse sich fragen, was man stemmen könne. Er bedankt sich für die Einladung. Es gelte der Beschluss des Kreistags von Dezember, nichts Anderes sei beschlossen. Man solle im Dialog bleiben. Er sei sich sicher, dass man am Ende des Tages ein Konzept habe, dass trage.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man eine gute Willensbildung brauche, auch in der Bürgerschaft, bis der Kreistag die Entscheidung fälle. Diese Zeit müsse man sich geben. Er erkundigt sich bei den Zuhörern nach Wortmeldungen.

Herr Köhler/Bürger führt aus, dass der Bundesausschuss die Levelinteilung gekippt habe und Bundesgesundheitsminister Lauterbach Öffnungsklauseln einführe. Ansonsten würden sich die Strukturen zu schnell verändern und gut gewachsene Strukturen kaputtgehen. Man solle das Stauferklinikum und das Klinikum in Aalen retten. Alles andere sei medizinisch Quatsch und eine politische Machtgeschichte.

- zu 2 Änderung der Besetzung der Ausschüsse und weiteren Gremien des Gemeinderats**
hier: Änderung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden bei der SPD-Fraktion sowie Änderung der Besetzung des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses, des Haushaltsausschusses und des Inklusionsbeirates
Vorlage: 040/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der geänderten Besetzungsliste (siehe Anlage) zu.

- zu 3 Umsetzung der Gas- und Strompreisbremse - Stand und Ausblick**

Protokoll:

Herr Ernst stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold schlägt vor, das Thema in der nächsten Woche nochmals auf die Tagesordnung zu nehmen. Dann könnte man dieses anhand von konkreten Fragen vertiefen.

Erster Bürgermeister Baron weist darauf hin, dass jeder, der die 300 Euro Energiepauschale bekomme und diese nicht benötige, an den Wohnungsnotfallhilfefonds spenden könne. Man gehe davon aus, dass dieser in den nächsten Monaten stärker in Anspruch genommen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: Stadtwerke

**zu 4 Einbringung, Vorberatung und Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne
2023
der Eigenbetriebe Stadtentwässerung, Congress-Centrum Stadtgarten
Schwäbisch
Gmünd und Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest einschließlich
Zustimmung zu den Finanzplanungen bis 2026
Vorlage: 010/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd

Der Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd wird entsprechend dem auf Seite 3 des Bands III (Entwurf) zum Haushaltsplan 2022/2023 beschlossen.

2. Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd

Der Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd wird entsprechend dem Wortlaut auf Seite 17 des Bands III (Entwurf) zum

Haushaltsplan 2022/2023 beschlossen.

3. Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest

Der Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest wird entsprechend dem Wortlaut auf Seite 37 des Bands III (Entwurf) zum Haushaltsplan 2022/2023 beschlossen.

4. Finanzplanung 2022 – 2026 Eigenbetriebe

Den Finanzplanungen für die Eigenbetriebe Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd, Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest und Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd wird zugestimmt.

5. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe 2023 im Haushalt der Stadt für den Eigenbetrieb Congress-Centrum-Stadtgarten

Zur Finanzierung des Eigenbetriebs Congress-Centrum Stadtgarten wird im städtischen Haushalt für das Jahr 2023 eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 201.000 € bei folgender doppischer Kombination genehmigt:
Sachkonto 4315000, Kostenträger 28.10.04.02, Kostenstelle 010000

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Einbringung, Vorberatung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2023 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 015/2023**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg beschließt der Gemeinderat die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen EUR

| | |
|---|-----------|
| 1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von | 1.104.795 |
| 1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von | 1.083.830 |
| 1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von | 20.965 |
| 1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von | 0 |
| 1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von | 0 |
| 1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von | 0 |
| 1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von | 20.965 |

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen EUR

| | |
|--|-----------|
| 2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von | 1.052.735 |
| 2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von | 846.790 |
| 2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von | 205.945 |
| 2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von | 40.000 |
| 2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von | 45.500 |
| 2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von | -5.500 |
| 2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von | 200.445 |
| 2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von | 0 |
| 2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von | 0 |
| 2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von | 0 |
| 2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von | 200.445 |

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 0 EUR.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 0 EUR.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 216.000 EUR.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO

Protokoll:

Herr Ott erläutert, dass der Gemeinderat am 08.02.2023 den Grunderwerb zur neuen Straßenanbindung zwischen der Ortsumfahrung Bargau und dem Gewerbe- und Industriegebiet Gügling beschlossen habe.

zu 7 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine.

zu 8 Anfragen**zu 8.1 Schulverpflegung Mensa Parler-Gymnasium****Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erkundigt sich, ob bei der Mensa im Parler-Gymnasium ein Nachschlag beim Mittagessen möglich sei.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass er sich selbst ein Bild gemacht habe. Beim Wahlessen sei es schwierig, beim Standardessen werde der Nachschlag jedoch ausgeschöpft und es funktioniere auch gut.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 40

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: